

peace brigades international



Internationale Präsenz in Papua unerwünscht

pbi-Freiwillige erhalten massive Reise- und Arbeitsbeschränkungen

Großprojekte in Guatemala

Indigene Gemeinden wehren sich gegen neue Lizenzen

Liebe Leserinnen und Leser,

häufig lassen sich die von pbi beobachteten Menschenrechtsverletzungen auf das kompromisslose Vorgehen von Konzernen und Regierungen zurückführen. Alteingesessene Gemeinden werden ihres Landes enteignet, Menschen werden bedroht, werden „verschwunden“ oder anderweitig mundtot gemacht. Während einer Besuchsreise des Guatemalaprojekts hatte pbi-Rundbriefredakteurin Doris Erdmann Gelegenheit, die Schattenseite von Bergbauprojekten wie der „Mine Marlin“ kennenzulernen. Lesen Sie in ihrem Bericht, wie sich eine indigene Gemeinde – mit Unterstützung von pbi – für ihre Rechte einsetzt und sich gegen die massiven Umwelt- und Gesundheitsschäden wehrt.

Mit welchen Methoden staatliche Stellen internationale Hilfsorganisationen unter Druck setzen, lesen Sie in unserem Beitrag über die Lage im indonesischen Papua. Während des Wahljahres 2009 nahmen die politischen Spannungen massiv zu und veranlassten das Rote Kreuz, die Region zu verlassen. pbi ist damit die letzte verbliebene internationale Organisation auf der Insel. Von dort

dringen – auch aufgrund von Repressionen gegen JournalistInnen – kaum Nachrichten an die Weltöffentlichkeit. Trotz der Schwierigkeiten, vor denen die Freiwilligen stehen, wird pbi alles versuchen, seine Arbeit in Papua fortzusetzen.

Wie Sie vielleicht der Presse entnommen haben, hat das kolumbianische Volk einen neuen Präsidenten gewählt. Nachdem die Prognosen für den grünen Hoffnungsträger Antanas Mockus zunächst gut waren, siegte schließlich der Uribe-Vertraute Juan Manuel Santos mit deutlicher Mehrheit in einer Stichwahl. Was dies für die Menschenrechtsslage im Land erwarten lässt, lesen Sie in unserem Artikel zur kolumbianischen Präsidentschaftswahl.

Wir wünschen Ihnen eine anregende und spannende Lektüre,

Christoph Behrends
im Namen der Rundbrief-Redaktion

Titelthema ▶ 3-4

Internationale Präsenz in
Papua unerwünscht

Kurznachrichten ▶ 5

Aktuelles aus dem Inland

Kurznachrichten ▶ 6-7

Aktuelles aus den Projekten

Aktuelles ▶ 12-13

Besserung der Menschenrechtss-
lage in Kolumbien ungewiss

Service ▶ 14

Neue Angebote im
pbi-Bildungsprojekt

Personalia ▶ 15

Schwerpunkt ▶ 8-11

Großprojekte in Guatemala

Bergbauminen und Wasserkraftwerke bewirken große Schäden bei Umwelt und Bevölkerung. Die Frauenorganisation AMISMAXAJ und der Gemeinderat von Cunén wehren sich.



Titelbild: pbi-Freiwillige beobachten die Aktivitäten am „Internationalen Tag des Friedens“ 2007 in Wamena (Indonesien). Ob sie weiterhin dort arbeiten dürfen, ist ungewiss

peace brigades international (pbi)

peace brigades international ist eine international tätige gewaltfreie Friedens- und Menschenrechtsorganisation. pbi wurde 1981 gegründet und hat sich seither in verschiedenen Ländern erfolgreich für den Schutz der Menschenrechte und die gewaltfreie Konfliktbearbeitung eingesetzt. International zusammengesetzte Teams von Freiwilligen begleiten einheimische MenschenrechtsverteidigerInnen und Friedenskräfte und schaffen Raum für Friedensprozesse.

Das von pbi entwickelte Konzept einer schützenden Begleitung der lokalen Zivilbevölkerung leistet dabei einen unmittelbaren Beitrag zur Gewaltprävention und trägt langfristig zur Stärkung ziviler Konfliktlösungsmöglichkeiten bei.

pbi bekennt sich zu den Grundsätzen der Gewaltfreiheit, Unabhängigkeit, Überparteilichkeit und Nichteinmischung und wird nur auf Anfrage tätig. Zur Zeit unterhält pbi Projekte in Kolumbien, Mexiko, Guatemala, Nepal und Indonesien und ist im Rahmen einer Friedenskoalition in Chiapas/Mexiko (SIPAZ) engagiert.

Impressum

Hrsg.:

pbi Deutscher Zweig e.V.
Harkortstr. 121
D-22765 Hamburg

Redaktion: Christoph Behrends, Doris Erdmann (V.i.S.d.P.), Johanna Fricke, Eva Helmstädter, Patrick Hezel, Teresa Huhle, Christel Köhler, Matthias Kobrow, Dagmar Kronenberg, Ole Wrobel

Beiträge: Christoph Behrends, Doris Erdmann, Johanna Fricke, Petra Gramer, Teresa Huhle, Eva Helmstädter, Patrick Hezel, Christel Köhler, Wiebke Schramm, Gisela Stein

Fotos: Christoph Behrends, Bianca Bauer, Linda Corleis, Edgar Alberto Domínguez Cataño, Doris Erdmann, Matthias Kobrow, Paul Metsch, pbi Deutschland, pbi Guatemala, pbi Indonesien, pbi Kolumbien, pbi Mexiko, pbi Nepal, Gisela Stein, Silvia Weber

Layout: CREALUX Kommunikationsdesign

Druck: Druckwelten GmbH, Hamburg

Internationale Präsenz in Papua unerwünscht

pbi-Freiwillige erhalten massive Reise- und Arbeitsbeschränkungen



pbi-Schutzbegleitung für die Menschenrechtsorganisation „Kontras“ in Papua

Das Indonesienprojekt von pbi steckt in einer seiner schwersten Krisen seit Aufnahme der Arbeit im Jahre 1999. Nachdem fast alle internationalen Hilfsorganisationen ihr ausländisches Personal bereits aus Papua abgezogen haben, hat auch pbi mit immer gravierenderen Problemen zu kämpfen. pbi wird vorgeworfen, dass Arbeitsgenehmigungen für einen Teil der Freiwilligen auf Papua auf illegale Weise zustande gekommen seien. Außerdem werden die notwendigen Besuche begleiteter Personen aufgrund von Reisebeschränkungen immer schwieriger.

Doch der Reihe nach: Am 9. September 2009 wird Bowo Kristianto in seiner Funktion als Vorsitzender der Stiftung pbi Indonesien ins indonesische Außenministerium nach Jakarta bestellt. In der Abteilung für „Diplomatische Sicherheit“ erwartet ihn eine Delegation, bestehend aus Vertretern von diversen Ministerien und den Geheimdiensten. Eine Überprüfung hätte ergeben, dass die Arbeitsgenehmigungen für einen Teil der pbi-Freiwilligen auf illegale Weise zustande gekommen seien. pbi vermutet, dass die mit der Beschaffung

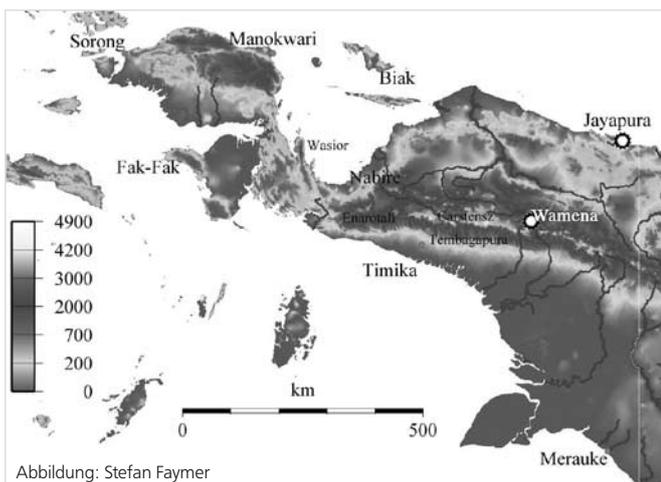
der Arbeitsvisa betraute Agentur bei der Visa-Beantragung nicht nach den offiziellen Vorschriften gehandelt hat. Dies wird sich später bestätigen.

Kurz darauf, am 17. September, verlassen deshalb beide pbi-Teams Papua und reisen zunächst in die indonesische Hauptstadt Jakarta. Aus Furcht vor einer Abschiebung und einem lebenslangen Einreiseverbot geht der Großteil der Freiwilligen kurze Zeit später außer Landes. Um den Kontakt zu den begleiteten Menschen in Papua nicht völlig abreißen zu lassen, bricht knapp drei Wochen später ein Übergangsteam, bestehend aus zwei Freiwilligen des Jakartateams, in die Provinzhauptstadt Jayapura auf. So kann die dortige pbi-Zentrale auf Papua wiederbesetzt werden.

Eingeschränkte Reisefreiheit und Arbeitsbeschränkung

Um sich in Papua auch außerhalb von Jayapura frei bewegen zu können, wird eine spezielle Reiseerlaubnis des Polizeigeheimdienstes benötigt. Dieser weigert sich seit Januar 2010 kategorisch, den Teams in Jayapura und Wamena (zweiter pbi-Standort, vgl. Karte) diese Genehmigungen zu erteilen. Das ebenfalls neu zusammengestellte Wamena-Team muss sich daraufhin Ende Januar 2010 nach Jayapura zurückziehen. Persönliche Treffen mit Angehörigen der begleiteten Organisationen sind seither nur noch dort möglich. Ansonsten bleibt nur der Kontakt über das Telefon.

Die Visaproblematik ist damit allerdings nicht beendet: Hielten sich die beiden vormaligen Teams noch mit einer Kombination aus Jahresaufenthaltsurlaubnis (sog. „KITAS“-Visum) für arbeitende Ausländer und Arbeitsgenehmigung („IMTA“) in Papua auf, reisen die neuen Freiwilligen nun mit Kultur- und Studienvisa (sog. „Sosial Budaya“-Visa) ein. Diese werden von den Behörden zwar nicht mehr beanstandet, müssen aber alle vier Wochen in einem aufwändigen Prozess verlängert werden.



Im Januar mussten die Freiwilligen das pbi-Haus in Wamena verlassen. Auf dem Areal, dessen Eingang mit einem traditionellen Rundbogen versehen ist, befinden sich auch die Bibliothek und das Friedenszentrum

Zudem wird der pbi-Projektorganisation bei einem Treffen im April diesen Jahres von den Behörden auf Papua mitgeteilt, dass die Freiwilligen unter diesem neuen Status nicht wie bisher arbeiten dürfen. Der Freiwilligenstatus ist in Indonesien unbekannt. Da der Einsatz somit als Arbeitstätigkeit gewertet wird, ist ein Studienvisum offiziell nicht ausreichend. Seitdem ist eine externe Zusammenarbeit mit den Begleiteten so gut wie unmöglich.

Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sorgen für Zündstoff

Die Beschränkung der Reisefreiheit hatte sich bereits im Verlauf des „Superwahljahres“ 2009 abgezeichnet. Im Zusammenhang mit den bevorstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen (im April bzw. Juli 2009) nehmen gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen GegnerInnen und BefürworterInnen einer Unabhängigkeit Papuas zu. Gleichzeitig werden den Teammitgliedern Reisen in bestimmte Gebiete immer häufiger untersagt.

Demonstrationen für die Unabhängigkeit Papuas und die Freilassung politischer Gefangener werden unter großem Polizeiaufgebot vorzeitig aufgelöst oder gänzlich verhindert. Die Reaktionen sind der Brandanschlag auf eine Polizeistation, das Niederbrennen eines Universitätsgebäudes sowie mehrere Bombendetonationen, bei denen aber keine Menschen zu Schaden kommen.

Als sich im Februar 2009 der damalige Menschenrechtsbeauftragte des deutschen Auswärtigen Amtes, Günter Nooke, persönlich ein Bild von der Lage in Papua machen will, wird ihm die Einreise pauschal verweigert. Auch der Zugang für ausländische JournalistInnen ist nahezu unmöglich. Es kommt regelmäßig zu Verhaftungen und Ausweisungen durch die Behörden. Insbesondere Berichte über Demonstrationen sind nicht gern gesehen.

Folgen für das Indonesienprojekt

Es ist allerdings nicht nur die eingeschränkte Reisemöglichkeit, die dem Team in den folgenden Monaten zu schaf-

fen macht. Papuanischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und auch den Kirchen wird von den Behörden und Sicherheitskräften vorgeworfen, die politische Loslösung Papuas von Indonesien anzustreben. Dies wirkt sich auch auf die Arbeit von pbi aus: Der Polizeigeheimdienst droht damit, pbi auszuweisen, sollten sich pbi-MitarbeiterInnen mit VertreterInnen dieser Organisationen treffen. Diese ständigen Warnungen erschweren die Zusammenarbeit mit VertreterInnen lokaler NGOs und Kirchen erheblich – auch im Fall von Anfragen nach Schutzbegleitung.

Um all dem entgegen zu wirken, versucht pbi einen schwierigen Balanceakt: Einerseits werben die ProjektmitarbeiterInnen im Dialog mit der indonesischen Regierung um ein Grundverständnis für die Arbeit des Indonesienprojekts. Sie betonen dabei immer wieder eines der grundlegenden Prinzipien von pbi: in einem Konflikt neutral zu agieren und für keine Seite Partei zu ergreifen. Andererseits bemüht sich pbi momentan verstärkt, durch Gespräche mit VertreterInnen des EU-Parlaments und des Deutschen Bundestages politische Aufmerksamkeit auf Papua zu lenken.

Außerdem erfährt das Indonesienprojekt Unterstützung durch die internationale Ebene von pbi. Im Juni fand ein Treffen der Indonesien-Projektorganisation mit internationalen VertreterInnen von pbi statt. Auch Personen aus anderen pbi-Ländergruppen waren beteiligt. Dabei wurde eine strategische Neuausrichtung des Projektes beschlossen. Um diesen Prozess zu begleiten, wurde eine Strategie-Arbeitsgruppe einberufen. Sie setzt sich aus Mitgliedern des Indonesienprojekts und externen ExpertInnen mit speziellen Kenntnissen und Erfahrungen in Strategieentwicklung, Advocacy und Schutzmechanismen zusammen.

So soll in den kommenden Monaten die Frage geklärt werden, wie zu gewährleisten ist, dass alle Beteiligten des Projekts in Zukunft wieder zielgerichtet und wirkungsvoll arbeiten können. Denn die momentanen Arbeitsmöglichkeiten bewerten alle Seiten übereinstimmend als völlig unzureichend. -- **pbi** *Patrick Hezel*



Abgelegene Regionen Papuas können nur mit dem Flugzeug erreicht werden. Für jede dieser Reisen muss eine Erlaubnis vorliegen

pbi in Indonesien

Das pbi-Indonesienprojekt besteht seit 1999. Die Teams arbeiteten zunächst in West-Timor, in Aceh und in der Hauptstadt Jakarta. Die Teamstandorte in West-Timor und Aceh wurden inzwischen geschlossen. 2004 kam Papua als Arbeitsort hinzu. Jayapura, im Norden der Insel, ist die Hauptstadt der Provinz Papua. Dort ist einer der genannten Teamstandorte. Der zweite befindet sich im Zentrum der Insel – im Hochland von Wamena (vgl. Karte auf S. 3). Papua ist der westliche Teil der Insel Neuguinea. In einem umstrittenen Verfahren wurde die Region 1962 der Republik Indonesien zugesprochen. Östlich davon existiert der eigenständige Staat Papua-Neuguinea.

Menschenrechtspreis für die „Corporación Jurídica Libertad“

Am 10. Mai 2010 nahm Liliana Uribe stellvertretend für das kolumbianische Anwaltskollektiv „Corporación Jurídica Libertad“ (CJL) vom Evangelischen Kirchenkreis Köln-Mitte die Pfarrer-Georg-Fritze-Gedächtnisgabe 2010 entgegen. Die feierliche Preisverleihung für die Organisation, die seit fast zehn Jahren von pbi begleitet wird, fand in der Lutherkirche in Köln statt.

In ihrer Dankesrede für den mit 10.000 Euro dotierten Preis sagte die Anwältin: „Die letzten Monate sind für unsere Anwaltsvereinigung besonders schwierig gewesen, da mehrere unserer MitarbeiterInnen Drohungen erhalten haben und versucht worden ist, unsere Arbeit juristisch zu verfolgen. Trotz alledem hören wir nicht auf damit, die Opfer zu vertreten, damit ihr Recht auf Wahrheit, Gerechtigkeit und umfassende Entschädigung zur Geltung kommt.“ Der Gedenkpreis wird seit 1981 an Menschen und Organisationen vergeben, „die sich dem Kampf gegen Diktatur

und Gewalt und der Unterstützung der Opfer von Gewalt verschrieben haben“. Er erinnert an Pfarrer Georg Fritze, der sich während der NS-Zeit dem Nationalsozialismus entgegenstellte.

Am 12. Mai 2010 war Liliana Uribe Gast einer Podiumsdiskussion in Hamburg. Gemeinsam mit Florinda Gallego von der „Bewegung der Opfer von staatlichen Verbrechen“ (MOVICE) sprach sie über die aktuelle Situation der MenschenrechtsverteidigerInnen in Kolumbien. Florinda Gallego verlor bei einem Militärüberfall auf ihr Heimatdorf fünf Angehörige. Nach dem Vorfall gründete sie mit weiteren DorfbewohnerInnen die Menschenrechtsorganisation MOVICE, die in rechtlichen Belangen von dem Anwaltskollektiv CJL um Liliana Uribe unterstützt wird.

Neben Uribe und Gallego nahmen Claudia Müller-Hoff, ehemalige pbi-Freiwillige und Mitarbeiterin im „Europäischen Zentrum



In Hamburg sprach Liliana Uribe über die schwierige Menschenrechtslage in Kolumbien

für Verfassungs- und Menschenrechte“ (ECCHR), sowie Jochen Schüller, Kolumbienexperte von „Brot für die Welt“, an der Diskussion teil.

Friedenspolitik auf dem Prüfstand



Sechs Jahre Aktionsplan „Zivile Krisenprävention“: Ein Erfolg?

Höchst unterschiedlich beurteilten die TeilnehmerInnen einer Podiumsdiskussion die gegenwärtige Friedens- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung. Während der CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Klimke auf Erfolge der Behörden hinwies,

kritisierte pbi-Vertreterin Annette Fingscheidt die zunehmende Vermischung ziviler mit militärischen Ansätzen und eine Vernachlässigung menschenrechtlicher Bestrebungen.

VertreterInnen aus Politik, Forschung und Zivilgesellschaft waren auf Einladung von pbi und dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) am 26. Mai nach Hamburg gekommen, um Bilanz zu ziehen. Sechs Jahre nach Beschluss des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ zeichneten sie ein unterschiedliches Bild. „Wir haben es zumindest nicht gestrichen“ kommentierte Jürgen Klimke (CDU) etwa das Programm Ziviler Friedensdienst, wäh-

rend er eine Aufstockung der Mittel in der Entwicklungszusammenarbeit betonte. IFSH-Direktor Michael Brzoska wies auf Möglichkeiten, Schwächen und Mängel in der Umsetzung des Aktionsplans hin. Monika Griefahn (SPD) freute sich, dass zivile Einsätze auch in der öffentlichen Wahrnehmung gegenüber militärischen Einsätzen mehr an Bedeutung gewonnen hätten. Sie betonte, dass Krisenprävention umfassender gedacht werden müsse. Unterdessen wies Annette Fingscheidt (pbi) auf Zusammenhänge zwischen Menschenrechten, ziviler Konfliktbearbeitung, Wirtschaftsinteressen und Geopolitik hin.

Im Frühherbst wird der dritte Bericht zum Stand des Aktionsplans veröffentlicht.

Konsens im digitalen Zeitalter

Welche Techniken gibt es, Entscheidungen zu treffen, bei der alle Beteiligten gleichberechtigt sind? Wie schafft man es, dabei keine Bedenken zu übergehen? Und was macht man, wenn nicht alle Mitglieder der Gruppe anwesend sein können? Mit diesen Fragen beschäftigten sich die TeilnehmerInnen des pbi-Weiterbildungsseminars „Konsens“ am 5. bis 6. Juni in Berlin. Denn für pbi gehört

das Konsensprinzip zum eigenen Selbstverständnis. Die pbi-Regionalgruppe Berlin erprobt nun die Idee, Konsensentscheidungen per E-Mail zu treffen. Damit sollen auch die Überlegungen von abwesenden Gruppenmitgliedern einfließen können.

Die SeminarteilnehmerInnen in Berlin üben Entscheidungsfindung im Konsens



Nepal

Streit um neue Verfassung hält an:

Die für den 28. Mai 2010 angesetzte Verabschiedung einer neuen Verfassung der Republik Nepal ist um ein weiteres Jahr verschoben worden. Ein Grund ist die anhaltende Uneinigkeit zwischen der „Maoistischen Partei“ (UCPN-M) und der „Nepalesischen Kongresspartei“ (NC) sowie der „Kommunistischen Partei Nepals Vereinigte Marxisten-Leninisten“ (CPN-UML). Sie streiten über den politischen Aufbau des Staates und den Posten des Premierministers. Am 1. Mai rief die UCPN-M erneut zu landesweitem Streik auf, was humanitäre Hilfslieferungen in weiten Teilen des Landes zum Erliegen kommen ließ. In einer Protestaktion am 6. Mai forderten jedoch 30.000 Menschen in Kathmandu die Aufhebung des Streiks und verlangten eine friedliche Einigung der Parteien.

Begleitung bei der Anzeige von Militärmorden:

Gemeinsam mit ihren Partnerorganisationen „Dalit Feminist Uplift Organisation“ (DAFUO) und „Advocacy Forum“ (AF) begleitet pbi zwei Familien, deren Angehörige am 11. März 2010 von nepalesischen Militärs ermordet wurden. Alle drei Frauen stammten aus der Kaste der Dalit („Unberührbaren“). Unter ihnen war auch ein 12-jähriges Mädchen. Laut Aussagen der Beschuldigten handelte es sich bei den drei Frauen um bewaffnete Wilddiebinnen.

Augenzeugen berichteten jedoch, die Frauen hätten lediglich Heilpflanzen gesammelt, als sie in der Nähe von Baspani, im Bardiya National Park, von den Soldaten überfallen wurden.



In vier Sprachen online: der neue Film von pbi Nepal

pbi-Filmprojekt „We are not giving up“:

Anlässlich des zweijährigen Bestehens der Nepalesischen Republik befragte ein Filmteam von pbi Nepal sieben MenschenrechtsverteidigerInnen zu einer Einschätzung der politischen Lage und ihrer persönlichen Sicherheit. Das Ergebnis der Aktion ist ein Dokumentarfilm („We are not giving up“), der Anfang Juni 2010 in Nepal ausgestrahlt wurde. Ziel war es, eine größere Öffentlichkeit über die Menschenrechtsarbeit in Nepal zu informieren. Der Film

kann auf der Internetseite von pbi Nepal angesehen werden – auch mit deutschen Untertiteln: www.pbi-nepal.org

Menschenrechtsanwalt Jai Kishor Labh verstorben:

pbi bedauert den Tod Jai Kishor Labhs. Der Anwalt und Menschenrechtsverteidiger ist am 18. April 2010 in seiner Wohnung verstorben. Labh hatte sich trotz gesundheitlicher und finanzieller Probleme bis zuletzt für Konfliktopfer eingesetzt und für die Aufklärung der vielen Fälle gewaltsamen Verschwindens gekämpft. Im Oktober 2003 war sein ältester Sohn Sanjeev gemeinsam mit vier weiteren Personen entführt und ermordet worden, angeblich von staatlichen Sicherheitskräften. Labhs jüngerer Sohn Rajeev, der ebenfalls Morddrohungen erhielt, wird derzeit von pbi begleitet.



Jai Kishor Labh (li.) mit seinem jüngsten Sohn Rajeev (re.)

Mexiko

Bedrohungen gegen Alba Cruz nehmen zu:

Gegen die Anwältin Alba Cruz von der Menschenrechtsorganisation „Komitee 25. November“ nehmen die Bedrohungen und Übergriffe immer weiter zu. Alba Cruz verteidigt Opfer von Menschenrechtsverletzungen aus dem Jahr 2006, unter anderem Marcelino Coache und Juan Manuel Martínez. Deren Fälle sind beispielhaft für Menschenrechtsverletzungen in Oaxaca.

Erst im Februar diesen Jahres wurde Juan Manuel Martínez nach 16 Monaten Haft wegen mutmaßlichen Mordes an einem amerikanischen Journalisten aus Mangel an Beweisen freigelassen. Auch Martínez und seine Familie wurden wiederholt bedroht.

Anklage wegen Vergewaltigung durch Militärs:

Am 15. April und 27. Mai 2010 fanden die Anhörungen im Fall Inéz Fernandez Ortega und Valentina Rosendo Cantú vor dem Interamerikanischen



Obtilia Eugenio Manuel (re.) war Zeugin im Fall von Inéz Fernandez Ortega und Valentina Rosendo Cantú (Mitte)

Gerichtshof für Menschenrechte statt. Sie gehören dem indigenen Volk der Me'Phaan an und wurden im Jahr 2002 durch Militärangehörige vergewaltigt. Dieser Fall ist einmalig in der Rechtsgeschichte Mexikos, da sich beide Frauen geweigert haben, die Zuständigkeit der Militärgerichtsbarkeit im Falle von Übergriffen durch Militärs auf Zivilpersonen anzuerkennen. Obtilia Eugenio

Manuel und weitere Mitglieder der „Organisation des indigenen Volkes der Me'Phaan“ (OPIM), die als Zeuginnen im Prozess fungieren, erhielten am 6. März einen Drohbrief. Zum gleichen Zeitpunkt wurde die Geschäftsstelle der OPIM beschattet.

Angriff auf Friedenskarawane:

Am 27. April 2010 wurde in Oaxaca eine internationale Friedenskarawane von Paramilitärs überfallen. Sie bestand aus 29 Mitgliedern einheimischer und europäischer Menschenrechtsorganisationen. pbi nahm nicht an der Karawane teil. Die Gruppe war auf dem Weg in das Dorf San Juan Copala der indigenen Triqui-Gemeinschaft. Seit Anfang 2010 wird das Dorf aufgrund von Landkonflikten und Autonomiebestrebungen von einer paramilitärischen Gruppe belagert. Eine einheimische Aktivistin sowie ein finnischer Menschenrechtsverteidiger wurden erschossen. Mehrere TeilnehmerInnen wurden schwer verletzt.

Indonesien



Teamstandort, Bibliothek und Friedenszentrum unter einem Dach

Vorläufige Schließung des Friedenszentrums in Wamena:

Ende April 2010 musste das bisherige pbi-Anwesen in Wamena geräumt werden. Der dortige Vermieter hatte den Vertrag gekündigt. Auf dem Gelände befindet sich ebenfalls das pbi-Friedenszentrum. Seit der Abreise des Freiwilligenteams im Januar

wurde es durch zwei lokale Mitarbeiterinnen weiter betrieben. Während dieser Zeit fanden sowohl Workshops als auch einige Filmvorführungen für Kinder und Jugendliche statt. Auch die angegliederte Bücherei konnte bis zuletzt besucht werden. Nun wird, bis zur erhofften Rückkehr eines neuen Wamena-Freiwilligenteams, nach einem neuen Standort gesucht.

Journalist Emmanuel Goo verstorben:

Nach längerer Krankheit starb am 24. Mai eine der engagiertesten kritischen Stimmen Papuas, Emmanuel Goo. Er wurde nur 34 Jahre alt. Als freier Journalist arbeitete er unter anderem für die Wochenzeitung „Women's Voice Papua“ (SPP), die regelmäßig kritisch über die regi-

onale Politik, Korruption und illegalen Abbau von Rohstoffen berichtet. Er glaubte, die Zivilgesellschaft durch soziales Engagement stärken zu können. Durch die Gründung der Menschenrechtsorganisation „Institut für die Stärkung der papuanischen Gesellschaft“ (Elpama) verwirklichte er seine Vision. Friedenserziehung und rechtliche Bildung stehen dort im Mittelpunkt. Mit seiner Arbeit machte sich Goo aber nicht nur Freunde. Seit 2005



fühlte er sich verstärkt bedroht. So wandte er sich im September 2008 an pbi und wurde seither vom Jayapura-Team begleitet.

Guatemala

Leiter der CICIG tritt zurück:

Anfang Juni trat Carlos Castresana, Leiter der „Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala“ (CICIG) überraschend von seinem Amt zurück. Er begründete seinen Schritt mit fehlenden Fortschritten bei der Reform des Justizsektors und der nach wie vor im Land herrschenden Straflosigkeit. In diesem Zusammenhang forderte Castresana die Entlassung des neuen Generalstaatsanwalts Conrado Reyes, dem Verbindungen zum Drogenmilieu vorgeworfen werden. Das oberste Verfassungsgericht Guatemalas hat inzwischen die Entlassung Reyes' sowie eine Wiederholung der Wahl angeordnet.

Tote und Verletzte durch Naturkatastrophen:

Im Mai 2010 forderte der Tropensturm Agatha mehr als hundert Tote in Mittelamerika, die meisten davon in Guatemala. Zudem wurden viele Menschen obdachlos, ihre Häuser wurden teilweise völlig zerstört. Der nahezu gleichzeitige Ausbruch des Vulkans Pacaya nahe Guatemala-Stadt verschlimmerte die Situation. Oftmals konnte das Wasser nicht abfließen, da Lavaschlamm die Abwasserkanäle verstopfte. Der Ausbruch des Pacaya forderte mehrere Verletzte sowie ein Todesopfer.

Alerta zur Lage in San Juan Sacatepéquez:

Im Juni verschickte pbi eine Alerta zur Situation in den überwiegend von Indigenen bewohnten Gemeinden in San Juan Sacatepéquez. Die Menschen setzen sich dort insbesondere gegen ein Zementwerk zur Wehr. Seitdem werden sie Opfer teils gewalttätiger Einschüchterungsversuche. Eine Alerta hat das Ziel, die öffentliche Aufmerksamkeit auf bestimmte, alarmierende Situationen von Menschenrechtsverletzungen zu richten, immer aus der Perspektive der Gewaltlosigkeit, der Parteilosigkeit und der Nichteinmischung.

Kolumbien

MOVICE-Mitglied Rogelio Martínez ermordet:

Der Bauernführer Rogelio Martínez wurde am 18. Mai 2010 in unmittelbarer Nähe seines Wohnorts ermordet. Er war gemeinsam mit anderen Mitgliedern der „Bewegung der Opfer von Staatsverbrechen“ (MOVICE) in der Region Sucre an der Rückkehr von 52 Familien auf die Finca „La Alemania“ beteiligt. Die Familien wurden vor einigen Jahren von der paramilitärischen Gruppe „Helden der Montes de María“ vertrieben. Martínez war, ebenso wie andere Mitglieder von MOVICE, seit 2008 wiederholten Morddrohungen ausgesetzt. Aus diesem Grund wurde er in das Schutzprogramm des Innenministeriums aufgenommen. pbi reiste in die Region Sucre, um Organisationsmitglieder zu begleiten, die an der Beerdigung teilnahmen.

Internationale Zusammenarbeit zum Schutz von Menschenrechten:

Am 14. April 2010 hat die deutsche Organisation „kolko e. V. – Menschenrechte für Kolumbien“ in Berlin die internationale „Kampagne für das Recht, die Menschenrechte zu verteidigen“ vorgestellt. Daran sind mehr als 300 Organisationen aus über 20 Ländern beteiligt. Das Ziel der Aktivitäten ist, koordiniert und langfristig Druck auf die kolumbianische Regierung auszuüben. Dadurch soll die rechtliche Situation für MenschenrechtsverteidigerInnen in Kolumbien verbessert werden. Derzeit hat die Menschenrechtsbewegung in Kolumbien besonders stark unter Diffamierungen von Seiten des Staates zu leiden. Zu den Schwerpunktthemen der Kampagne gehören u. a. der Kampf gegen Straflosigkeit und die Mängel der

staatlichen Schutzprogramme für kolumbianische MenschenrechtsverteidigerInnen. Weitere Informationen finden Sie unter: www.kampagne.kolko.de

Erfolg im Kampf gegen die Straflosigkeit:

Der Militärangehörige Luis Alfonso Plazas Vega wurde am 9. Juni 2010 in Bogotá zu 30 Jahren Haft verurteilt. Ihm wird vorgeworfen, im November 1985 elf Menschen zum Verschwinden gebracht zu haben, nachdem das Militär den von der „Guerilla-Gruppe M-19“ besetzten Justizpalast gestürmt hatte. Navi Pillay, der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte, begrüßte die Verurteilung als einen wichtigen Schritt im Kampf gegen die Straflosigkeit.

Größte Mine Guatemalas in der Kritik

Interamerikanische Kommission für Menschenrechte fordert sofortige Schließung



Abbauarbeiten: Mine Marlin verwüstet eine ganze Region

Der Betrieb der „Mine Marlin“ in San Marcos, einer Region im Westen Guatemalas, ist seit seiner Eröffnung stark umstritten. Seit Jahren versuchen die EinwohnerInnen der Gemeinden Sipacapa und San Miguel Ixtahuacán den Betrieb zu stoppen – bisher vergeblich. Doch nun kommt Bewegung in die Angelegenheit.

Die Gold- und Silbermine wird von der Firma „Montana Exploradora de Guatemala, S.A.“ betrieben, einer Tochterfirma der kanadischen „Goldcorp Inc.“. Sie wurde 2005 in der Gemeinde San Miguel Ixtahuacán im Verwaltungsbezirk San Marcos eröffnet. Seitdem häufen sich die Proteste von UmweltschützerInnen und Menschenrechtsorganisationen. Unterstützt werden sie von so prominenten Fürsprechern wie dem Vorsitzenden der guatemalteckischen Bischofskonferenz, Álvaro Ramazzini.

Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden

Am 20. Mai 2010 verlangte die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (CIDH) von Guatemala „bis auf weiteres“ die Schließung der Mine, um die Bevölkerung und die Umwelt zu schützen. Auch der UN-Sonderbeauftragte für die Rechte der indigenen Völker, James Anaya, unterstützte diese Forderung bei seinem jüngsten Besuch in Guatemala. Begründet wurde dies mit zunehmenden Umweltproblemen, unter denen die Bevölkerung zu leiden hat. Pro Stunde benötigt das Unternehmen 45.000 Liter Wasser für die Abbauarbeiten. Die Quellen, die die umliegenden Gemeinden mit Wasser versorgen, sind durch Zyanid- und Bleirückstände stark verseucht. Die Menschen leiden zunehmend an Krankheiten. Ihre Häuser weisen durch die Erdbewegungen zum Teil große Schäden auf.

Der Minenbetrieb bringt außerdem gravierende soziale Probleme mit sich: Menschen, die sich dem Minenprojekt widersetzen, werden verfolgt und eingeschüchtert; die Bevölkerung wird von ihrem Land vertrieben. Dadurch zerfallen die sozialen Netzwerke der Gemeinden. Zudem wird vielfach versucht, die Bevölkerung zu spalten. An Gemein-

demitglieder, die bereit sind, ihr Land zu verkaufen, werden Geschenke verteilt, die anderen gehen leer aus.

Einen traurigen Höhepunkt fanden die Versuche, BergbaugegnerInnen einzuschüchtern, am 7. Juli: Unbekannte Männer verübten ein Attentat auf die Aktivistin Diodora Antonia Hernández Cinto und schossen ihr in das rechte Auge. Sie hatte sich in ihrer Gemeinde gegen die Betreiberfirma der Mine Marlin engagiert.

Streit um Weiterbetrieb der Mine

Die Frist, die von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission gesetzt wurde, um die Mine Marlin zu schließen, verstrich am 9. Juni, ohne, dass die Regierung Colom auf die Aufforderung reagiert hätte. Am 24. Juni gab die Regierung dann bekannt, dass sie der Forderung doch nachkommen werde. Aber das weitere Vorgehen ist umstritten: Das Energie- und Bergbauministerium ließ verlauten, es werde Monate dauern, bis der Betrieb eingestellt werden könne. Und der Konzern bleibt bei seiner Haltung, durch den Tagebau würden weder Gesundheits- noch Umweltschäden verursacht. Solange keine weiteren Beweise vorgelegt würden, werde es keinen Stopp der Bergbauarbeiten geben. -- pbi

Doris Erdmann

Die ILO-Konvention 169:

Dieses Abkommen der „Internationalen Arbeitsorganisation“ (ILO) enthält Regelungen zum Schutz der indigenen Bevölkerung. Gemäß der ILO-Konvention 169 müssen indigene Gemeinden befragt werden, bevor eine Lizenz für neue Bergbau- oder Wasserkraftprojekte und für Ölbohrungen in ihrer Region vergeben wird. Guatemala hat das ILO-Abkommen 1996 ratifiziert und muss daher sicherstellen, dass die Consultas (Volksbefragungen) stattfinden. Trotzdem werden die meisten Lizenzen ohne Befragung vergeben. Daher organisieren viele indigene Gemeinden eigene Consultas, um ihre Ablehnung gegen neue Großprojekte zum Ausdruck zu bringen.

Zum Weiterlesen:

Sonderpublikationen des pbi-Guatemalaprojektes (auf englisch und spanisch) als pdf unter www.pbi-guatemala.org/field-projects/pbi-guatemala/publications/special-reports/

- „Metal Mining and Human Rights in Guatemala“ Studie zum Bergbau in Guatemala. pbi 2006
- „Guatemala’s Indigenous Women in Resistance“ Studie zum Widerstand der indigenen Frauen in Guatemala. pbi 2010

„Der Bergbau ist eine Form von Gewalt gegen Mutter Erde“

Xinka-Frauen aus Guatemala wehren sich gegen neue Bergbaulizenzen

Der „Verein der Indigenen Frauen aus Santa María Xalapán“ (AMISMAXAJ) aus der Region Jalapa setzt sich seit 2004 für Frauenrechte, für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und den Schutz ihrer ethnischen Identität ein. Die Frauen gehören zum indigenen Volk der Xinka im Osten Guatemalas. In den Bergen von Santa María de Xalapán, wo AMISMAXAJ aktiv ist, sind neue Bergbauprojekte der kanadischen Firma Goldcorp Inc. geplant. Zudem bestehen reiche Ölvorkommen. Gegen die Projekte regt sich jedoch zunehmend Widerstand, denn die „Mine Marlin“ hat gezeigt, welche schweren Auswirkungen der Bergbau nach sich zieht.

In Guatemala-Stadt treffe ich mich mit der AMISMAXAJ-Aktivistin Lorena Cabnal. Sie trägt ein T-Shirt des Frauensektors, einem Zusammenschluss von guatemalteckischen Frauenorganisationen. Diesem gehört der Verein seit 2004 an. „Der Bergbau ist eine Form von Gewalt gegen die Mutter Erde“, begründet Lorena ihre Ablehnung gegen die geplanten Großprojekte. Mit großen Gesten erzählt sie von den Aktivitäten, die sie und ihre Mitstreiterinnen organisiert haben. Sie strahlt Überzeugungskraft und Stärke aus – trotz der Drohungen, die sie bereits mehrfach erhalten hat. Begonnen hat dies, nachdem sie im Dezember 2008 vehementer nachzufragen begann, an welche Unternehmen in der Region bereits Bergbaulizenzen vergeben wurden. Die erteilten Auskünfte enthielten jede Menge widersprüchliche Angaben. Also ließ sie nicht locker, um weitere Informationen zu erhalten. Doch die kamen so spärlich, dass die Gruppe im Sommer 2009 beschloss, diese öffentlich einzufordern.

Erster öffentlicher Protest

Am 14. Juli 2009 veranstaltete AMISMAXAJ die erste Demonstration in der Provinzhauptstadt Jalapa. Bald folgte eine zweite, auf der die Xinka-Frauen dem Provinzgouverneur einen Brief aushändigten. Darin lehnten sie die geplanten Projekte ab und forderten, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu respektieren. Im Herbst 2009 zog AMISMAXAJ schließlich bis in die Hauptstadt, um einen Brief an den Präsidenten und den Kongress zu überreichen. Dieser wurde von 20.000 Personen unterzeichnet. Sie sprachen sich damit gegen die 15 Lizenzen aus, die in den Bergen von Santa María Xalapán für Ölbohrungen und Bergbauprojekte erteilt wurden. Eine kommunale Volksbefragung, wie es die ILO-Konvention 169 vorschreibt (vgl. Kasten auf S. 8), hatte es nicht gegeben.

Mit ihren Aktivitäten haben Lorena und ihre Mitstreiterinnen endlich Aufmerksamkeit erhalten. Dies bringt allerdings auch die Gefahr mit sich, bedroht zu werden. Um sich zu schützen, fragten die Frauen im Sommer des vergan-



Tritt öffentlich für ihre Meinung ein: Doña María (2. von re.) auf einem Demonstrationzug in Jalapa

genen Jahres Begleitung durch pbi an. Die erste Begleitung fand am 14. Juli 2009 bei der Demonstration in der Provinzhauptstadt Jalapa statt. Seitdem ist pbi regelmäßig in der Region präsent.

„pbi hat uns viel Kraft gegeben“

Beim Besuch in ihrer Gemeinde zeigen mir die Mitglieder von AMISMAXAJ ihre „Schule der Frauen“. Sie unterstützen die Frauen aus der Gemeinde dabei, sich politisch zu bilden und ihre Rechte, zum Beispiel gegen familiäre Gewalt, wahrzunehmen. In einer patriarchalisch geprägten Gesellschaft ist das keine Selbstverständlichkeit. María Elena Andrés, die von allen nur „Doña María“ genannt wird, erzählt mir, dass die indigenen Gemeinderäte traditionell nur männliche Mitglieder haben. Ihre Tochter ergänzt: „Selbst wenn es eine Frau schaffen würde, gewählt zu werden, würden die Männer sie nicht anhören. Und so versuchen sie es gar nicht erst.“ Dona María und ihre Tochter aber sind starke Persönlichkeiten und lassen sich den Mund nicht verbieten.

Im Raum hängen die Plakate und Transparente der vergangenen Aktivitäten. Doña María war bei der Demonstration in Jalapa dabei und ist dankbar für den Begleitschutz, den sie und die anderen Frauen erhalten: „pbi hat uns viel Kraft gegeben. Wir fühlen uns unterstützt.“ Sie berichtet von den Einschüchterungen, die sie sowohl von den eigenen Gemeindemitgliedern als auch vom Gouverneur erhalten hat. Ihr wurde mit einer Anzeige gedroht, wenn sie sich weiter gegen die geplanten Großprojekte stellt. Aber davon lässt sie sich nicht aufhalten. Mit Nachdruck erklärt sie, sie werde sich zur Wehr setzen, sobald die Unternehmen mit ihren Maschinen kommen. Ein paar Kilometer von ihrem Haus entfernt sollen in diesem Jahr die Abbauarbeiten beginnen. - - **pbi**

Doris Erdmann



Bei der Registrierung der Stimmberechtigten herrschte großer Andrang (Bild li.). Dann wurde per Handzeichen entschieden (Bild re.). 71 von 72 Gemeinden in Cunén stimmten geschlossen gegen Bergbau- und andere Großprojekte

Der Gemeinderat von Cunén fordert Mitspracherecht

Kommunale Volksbefragung zu Wasserkraft- und Bergbauprojekten

Seit März 2010 begleitet pbi die Mitglieder des Gemeinderates von Cunén im Department El Quiché. Der Gemeinderat setzt sich in erster Linie für die Erhaltung der Natur und damit für die Sicherung der Lebensgrundlage der Bevölkerung ein. Er spricht sich deshalb gegen Wasserkraftwerke, Bergbau- und andere wirtschaftliche Großprojekte aus.

Cunén ist ein „Municipio“ (entspricht einem Landkreis in Deutschland), das 72 Gemeinden umfasst und in dem etwa 33.000 EinwohnerInnen leben. Die Region liegt im Nordwesten Guatemalas und wird von der größten indigenen Volksgruppe, den Quiché, bewohnt.

Attraktive Region für internationale Unternehmen

Informationen über Bergbau- oder Wasserkraftwerklicenzen sind in Guatemala oft schwer zu erhalten. Dabei sollte dies mit dem im September 2008 erlassenen „Gesetz über den Zugang zu Information“ erleichtert werden. Nach Angaben des Energie- und Bergbauministeriums (MEM) vom April 2010 existieren insgesamt 15 Anfragen nach Erkundungs- und Abbaulizenzen im Department „El Quiché“, von denen sieben das Municipio Cunén betreffen. Insgesamt wurden drei Bergbaulizenzen (für Kalkstein, Dolomit, Gips, etc.) vergeben, zwei davon im Gebiet Cunén.

Im Bereich der Wasserkraftwerke gab es in letzter Zeit einen regelrechten Boom – neun Lizenzen wurden in der

gesamten Region El Quiché dafür vergeben. Dabei kann die Effizienz der Wasserkraftwerke in Frage gestellt werden, da deren Leistungsfähigkeit zumindest während der Trockenzeiten oder Dürreperioden wie im Jahr 2009 begrenzt ist. Auf der anderen Seite verursachen sie Umweltschäden und Überflutungen in den Anbaugebieten der Gemeinden. Dieser Umstand gefährdet die Lebensmittelsicherheit und zwingt die AnwohnerInnen zur Umsiedlung. Dies erinnert an die „territoriale Umordnung“ während des inneren bewaffneten Konfliktes von 1960 bis 1996. In der Zeit des Bürgerkrieges übernahm das Militär in Guatemala, vor allem auch im Department El Quiché, die Kontrolle, um sich das dortige Land und die darin vorkommenden Bodenschätze zu sichern. Dabei wurden hunderttausende Menschen, hauptsächlich indigene LandbewohnerInnen, misshandelt, vertrieben oder ermordet.

Den meisten sind die Massaker, die beim Bau des Wasserkwerkes Chixoy zu Zeiten des Bürgerkrieges geschahen, noch gut im Gedächtnis geblieben. Laut Gemeinderatsmitglied Pedro Sica Chicaj „scheint es, dass die Friedensabkommen sich gegen das Volk richten. Wir wissen jetzt, dass man den Frieden nur suchte, um die Investitionen der ausländischen Firmen zu sichern. Diejenigen, die wirklich den Frieden wollten, sind die transnationalen Firmen, denn der Krieg behinderte ihren Zugang zu unseren Naturrohstoffvorkommen. Deshalb ist unsere Vergangenheit Teil unserer Gegenwart. Was mit Waffen nicht erreicht wurde, will man heute mit Geld bekommen.“



Ein Plakat zeigt die erwarteten Umweltschäden: Verseuchtes Trinkwasser durch den Minenbetrieb. Aufruf zur Volksabstimmung am 27. Oktober 2009 in Cunén

Weitere Informationen (auf Spanisch):

www.mem.gob.gt: Internetseite des „Ministeriums für Bergbau und Energie“ mit Informationen zu Bergbau- und Wasserkraftwerksprojekten.

www.noalamina.org/mineria-latinoamerica/mineria-guatemala: Internetseite der Initiative „Nein zum Bergbau“. Aktuelle Nachrichten zum Bergbau in Guatemala.

www.inforpressca.com/agaaiaj-pop/convenio.php: Internetseite der „Vereinigung der indigenen Bürgermeister und Autoritäten“. Erläutert die Arbeit der indigenen Gemeindevertretungen.

100-prozentiges „Nein“ zu Großprojekten

Ein Mittel, um sich gegen neue Großprojekte zu wehren, ist die Consulta (Volksbefragung). Dieses Recht ist im Abkommen 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) beschrieben. Das Abkommen wurde durch den Staat Guatemala ratifiziert. Guatemala hat aber bisher noch keine einzige Consulta, in der gegen Großprojekte gestimmt wurde, als bindend betrachtet (vgl. Kasten auf S. 8).

Trotz der scheinbar geringen Erfolgsaussichten nahmen die Gemeinden von Cunén ihr Mitspracherecht wahr und organisierten für den 27. Oktober 2009 eine Consulta. Bei dieser vom Gemeinderat organisierten Volksabstimmung nahmen 71 der 72 Gemeinden teil und sprachen sich mit 100 Prozent der Stimmen gegen die ökonomischen Großprojekte in der Region aus. Dieses 100-prozentige „Nein“ gab es auf folgende Frage: „Sind sie einverstanden damit, dass nationale oder ausländische Firmen, Individuen oder juristische Personen sich die Territorien des Municipios Cunén aneignen und ausbeuten, d. h. unsere Naturrohstoffe wie Mineralien, Wasser, Wald, Petroleum und andere?“

Bei der Befragung waren pbi sowie weitere 250 lokale, nationale und internationale BeobachterInnen vertreten. Trotz einiger Störungen durch verschiedene Interessengruppen konnte die Consulta zu einem zufriedenstellenden Ende gebracht werden. Die Schwierigkeiten und Herausforderungen, denen sich während des Prozessverlaufes insbesondere der Gemeinderat ausgesetzt sah, fasste deren Vertreter Osmundo Oxlay folgendermaßen zusammen: „Wir haben mitbekommen, dass einige politische Parteien ein paar Gemeinden besucht haben. Dies ist besorgniserregend für den Rat. Diese Personen informieren die Leute falsch und bringen sie dazu, mit „Ja“ abzustimmen, oder sagen ihnen, dass sie nicht wählen sollen. (...) Aber wir alle kennen die Einstellung und die Geschichte der „Patriotischen Partei“ und wissen,

dass sie mit den Firmen in Verbindung stehen und deshalb versuchen, uns aufzuhalten. Aber bis zu diesem Moment und trotz dieser Herren entschieden sich alle Gemeinden, mit „Nein“ gegen die Megaprojekte zu stimmen.“

Die Dokumentation der Consulta wurde am 11. November 2009 der Regierung übergeben. Nun stellt sich die Frage, ob sich die Regierung zum Handeln bereit erklärt und die Volksbefragung ernst nimmt oder ob die Gemeinden erneut protestieren werden, um auf ihre misslichen Lebensumstände hinzuweisen. Trotz der eindeutigen Ablehnung durch die Gemeinden läuft der Abbauprozess, beispielsweise in den Bergbaugebieten, derzeit weiter. Immer wieder werden zudem unbekannte Fahrzeuge, Hubschrauber, VertreterInnen ausländischer Firmen sowie Personen beobachtet, die den EinwohnerInnen Fragen stellen und die Gegend besichtigen. Eindeutige Anzeichen dafür, dass weitere Projekte in Planung sind.

„Durch die Consulta lernen wir, zusammenzuhalten.“

In ganz Guatemala werden die Lebensgrundlagen der Bevölkerung durch die Ausbeutung natürlicher Ressourcen gefährdet. Daher konzentriert sich die Arbeit des Gemeinderates nicht ausschließlich auf seine Region. Er unterstützt auch Volksabstimmungen in den Municipios „Usphantán“ und „Santa Cruz del Quiché“. Dabei werden die BewohnerInnen über die Präsenz von Bergbauunternehmen und über die negativen Effekte informiert, die diese Projekte auf die Umwelt und die EinwohnerInnen haben. Nur im gemeinsamen Vorgehen der Municipios sieht Gemeinderatsmitglied Pedro Sica Chicaj eine Chance, gehört zu werden: „Durch diese demokratische Übung werden wir gewinnen. (...) Nur gemeinsam werden wir Einfluss auf unsere Territorien nehmen können, und durch die Consulta lernen wir, was es heißt, zusammenzuhalten. Andere Regionen wie Ixil oder Sacapulas unterstützen und teilen den Kampf von Cunén.“ -- **pbi** *Wiebke Schramm*

Besserung der Menschenrechtslage in Kolumbien ungewiss

Präsident Santos will Uribes Strategie der harten Hand gegen die F.A.R.C. fortsetzen

Ob extralegale Hinrichtungen, Binnenvertreibungen oder illegale Überwachungen – in Kolumbien kommt es am Rande des jahrzehntelangen bewaffneten Konflikts immer wieder zu schweren Menschenrechtsverletzungen. Nach seiner Wahl zum Präsidenten kündigte Juan Manuel Santos an, den harten Kurs gegen die Guerilla fortsetzen zu wollen. ExpertInnen sehen die Gefahr, dass Menschenrechte dabei auf der Strecke bleiben.

Am Ende war die Entscheidung deutlich: Juan Manuel Santos von der Uribe-treuen Partei „U“ (Partido Social de Unidad Nacional) gewann am 20. Juni mit 69 % der Stimmen die Stichwahl um das Präsidentenamt Kolumbiens gegen seinen grünen Konkurrenten Antanas Mockus. Santos erreichte damit das höchste Wahlergebnis eines Präsidenten in der Geschichte Kolumbiens, allerdings bei einer geringen Wahlbeteiligung von nur 44,5%.

Santos, der sein Amt am 7. August angetreten hat, ist ein langjähriger Vertrauter des ehemaligen Präsidenten Álvaro Uribe. Dessen Versuch, per Volksabstimmung die kolumbianische Verfassung dahingehend zu ändern, dass er für eine zweite Wiederwahl kandidieren dürfe, scheiterte im Februar diesen Jahres am kolumbianischen Verfassungsgericht. Uribe war 2002 ins Amt gekommen und 2006 mit großer Mehrheit darin bestätigt worden. 2008 hatten AnhängerInnen Uribes 5 Millionen Unterschriften vorgelegt, die sich für eine erneute Kandidatur des populären Präsidenten aussprachen. 3,9 Millionen davon wurden vom Wahlamt für gültig erklärt.

Kritik an Verteidigungsminister Santos für extralegale Hinrichtungen

Als Anfang des Jahres die Entscheidung des Verfassungsgerichts gegen eine erneute Kandidatur Uribes absehbar wurde, gaben die „Uribistas“ schon wenige Tage vor der Entscheidung bekannt, dass Ex-Verteidigungsminister Juan Manuel Santos als Kandidat der „U“ antreten würde. Santos war bereits im Mai 2009 von diesem Amt zurückgetreten, um seine mögliche Präsidentschaftskandidatur vorzubereiten.

In seiner dreijährigen Amtszeit als Verteidigungsminister war Santos in zahlreiche politische und diplomatische Skandale verwickelt. So kam es unter seiner Führung im März 2008 zu einem Luftangriff gegen die größte kolumbianische Guerillabewegung F.A.R.C. auf ecuadorianischem Territorium. Der Angriff brachte schwere Menschenrechtsverletzungen mit sich und belastete das Verhältnis der beiden Staaten nachhaltig.



Der neue Präsident Juan Manuel Santos trat am 7. August sein Amt an

Santos gilt außerdem als mitverantwortlich für die Politik der „falsos positivos“. Dieser von Regierungsseite verwendete Begriff – sinngemäß übersetzt als „falsche Gefallene“ – bezeichnet die von internationalen und kolumbianischen Menschenrechtsorganisationen scharf kritisierten Fälle, in denen kolumbianische Militärs ZivilistInnen töten und diese als gefallene Guerilla-KämpferInnen ausgeben, um Prämien zu kassieren.

Anfang 2009, als bereits über 1.500 Fälle solcher extralegalen Hinrichtungen von der Staatsanwaltschaft bearbeitet worden waren, entließ Santos zahlreiche ranghohe Militärs und bezeichnete die Hinrichtungen als bedauernswerte Einzelfälle. Das UN-Menschenrechtsbüro in Bogotá und nationale wie internationale Menschenrechtsorganisationen sehen darin hingegen eine verbreitete Praxis, die der kompromisslosen Bekämpfung der F.A.R.C. und dem militärischen Anreizsystem geschuldet ist. Gegen rund 3.600 Personen laufen in Zusammenhang mit den „falsos positivos“ Ermittlungen.

Am 6. März 2009 versammelten sich Angehörige der Opfer von extralegalen Hinrichtungen in Bogotá. In einer Erklärung forderten sie Uribe auf, Santos seines Amtes zu entheben. Einige Frauen, deren Kinder zu den Opfern zählen, schlossen sich als „Mütter von Soacha“ zusammen. In Soacha, einem Vorort von Bogotá, waren zuvor 16 Jugendliche Opfer extralegalen Hinrichtungen geworden. Am 24. Mai 2010 – eine Woche vor dem ersten Wahlgang – richteten die Mütter einen Brief an Luis Moreno Ocampo, den Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag. Sie forderten Moreno Ocampo darin auf, Santos vorzuladen und für den Tod ihrer Söhne zur Verantwortung zu ziehen.



Diese Frauen setzten ihre Hoffnung auf den grünen Kandidaten Antanas Mockus. In den Umfrageergebnissen hatte er Santos zeitweilig überholt. Wahlkampfveranstaltung in Bogotá am 24. Mai 2010

Santos sagt der F.A.R.C. den Kampf an

Doch im Wahlkampf spielte das Thema der Menschenrechte keine große Rolle. Die Mehrheit der Bevölkerung stehe hinter Uribe und seinem Kronprinzen Santos und unterstütze deren Politik der harten Hand gegen die Guerilla – so der Tenor in kolumbianischen und internationalen Medien.

Die F.A.R.C. hatte zum Wahlboykott aufgerufen und verübte am Abend vor den Stichwahlen Anschläge in mehreren Regionen. An die 20 ZivilistInnen, SoldatInnen und Guerilla-KämpferInnen fielen diesen zum Opfer. Santos erklärte in seiner ersten Rede nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses: „Die Zeit der F.A.R.C. ist vorbei“. Solange die F.A.R.C. bewaffnete Anschläge verübe, werde seine Regierung keinen Dialog eingehen und mit aller militärischen Härte gegen die Guerilla vorgehen.

Grün war die Hoffnung

Die Konservative und die Liberale Partei Kolumbiens – die beiden traditionellen Parteien des Landes, die bis 2002 alle Präsidenten stellten – gewannen beide nur ca. 10 % der Stimmen. Dafür war es dem ehemaligen Bürgermeister von Bogotá, Antanas Mockus, gelungen, als Kandidat für die Grünen Santos zumindest in den Umfrageergebnissen ernsthafte Konkurrenz zu machen. Mit Slogans wie „Con lapiz y constitución sí se puede“ („Ja, es geht – mit Bleistift und der Verfassung“) konzentrierte Mockus seinen Wahlkampf auf die Themen Bildung, „saubere“ Politik und Rechtsstaatlich-

keit. Themen, mit denen der Mathematik- und Philosophieprofessor und Ex-Rektor der Nationaluniversität von Kolumbien bereits in seinen zwei Amtszeiten als Bürgermeister von Bogotá (1995-1998 und 2001-2004) eine breite Anhängerschaft gewonnen hatte. Unter Mockus sank in Bogotá die Kriminalitätsrate, der öffentliche Transport wurde verbessert und es gelang, den städtischen Haushalt zu sanieren.

Für „saubere“ Methoden plädierte Mockus auch im Kampf gegen die F.A.R.C.. Das grüne Lager thematisierte im Wahlkampf die jüngsten Skandale der Regierung Uribe, insbesondere die Enthüllungen über illegale Überwachungen von MenschenrechtsverteidigerInnen und JournalistInnen seitens des Geheimdienstes DAS.

Für Schlagzeilen im Wahlkampf sorgte auch ein Artikel in der US-amerikanischen Zeitung „Washington Post“ vom 24. Mai. Darin sagte ein ehemaliger Polizei-Major aus, Uribes Bruder Santiago Uribe habe in den 1990er Jahren eine paramilitärische Gruppe geleitet. Francisco Santos, Uribes Vizepräsident, erklärte daraufhin, Mockus habe dieses Gerücht gestreut. Das führte wiederum dazu, dass Zeitungen der „U“ vorwarfen, mit Verleumdungen Wahlkampf zu machen.

In seiner ersten Ansprache als gewählter Präsident Kolumbiens rief Santos zur nationalen Einheit auf. Attacken auf politische Gegner hat Santos auch nicht nötig: neben den fast 70% an Stimmen, mit denen er ins Amt gewählt wurde, kann er sich auf satte Mehrheiten in Senat und Repräsentantenhaus stützen. -- pbi

Teresa Huhle

Weitere Informationen:

- Zur Menschenrechtslage in Kolumbien: www.kampagne.kolko.de
- Zu den „falsos positivos“: <http://reset.to/blog/der-wahlkampf-kolumbien-und-die-falschen-positiven>
- Zum Überwachungsskandal des DAS (auf englisch): www.justf.org/files/pubs/100618_das.pdf



Teresa Huhle studierte Regionalwissenschaften Lateinamerika an der Universität zu Köln und der Universidad de Oviedo in Spanien. Seit einem pbi-Praktikum arbeitet sie in der Rundbriefredaktion. Derzeit promoviert sie am Institut für Geschichtswissenschaft der Universität Bremen.

Personalia

Kolumbien



Susanne Jörg, 30, ist Kulturwissenschaftlerin und kommt aus Berlin. Erst kürzlich hat Susanne eine Ausbildung als systemische Mediatorin und Coach abgeschlossen. Die Schutzbegleitung von MenschenrechtsverteidigerInnen, die von pbi geleistet wird, hält Susanne für ein wichtiges Instrument der Friedensarbeit. Seit Juni 2010 unterstützt sie das Freiwilligenteam in Kolumbien.



Juliane Marquardt, 27, ist vor kurzem aus dem Mexikoprojekt zurückgekommen. Als Projektreferentin unterstützt sie nun in Vorträgen und Workshops die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit von pbi. Hierzu zählt auch das pbi-Puppentheaterprojekt „Rositas Puppenbühne“, in dem Themen wie Gewalt, Ausgrenzung und friedliche Konfliktlösungsansätze spielerisch aufgegriffen werden. Juliane hofft, durch ihre Arbeit mit interessierten Menschen über eigene Erfahrungen im Projekt sowie über die Situation von MenschenrechtsverteidigerInnen in Mexiko ins Gespräch zu kommen. Seit Juni 2010 arbeitet sie in der pbi-Geschäftsstelle.

Nepal



Adele Morreale, 34, ist Diplompädagogin und arbeitete als Dozentin in der Flüchtlingsarbeit. Außerdem sammelte sie berufliche Erfahrungen in der Koordinierung bundesweiter Projekte und der Lobbyarbeit in den Bereichen Politik und Wirtschaft. 2007 hat Adele im Rahmen ihres Studiums in Nepal gearbeitet. Ab September 2010 wird sie als ZFD-Friedensfachkraft ins Nepalprojekt ausreisen.



Kristin Lehnhardt, 21, studiert Politik- und Kommunikationswissenschaften. Erste Berührungspunkte mit der Menschenrechtsarbeit sammelte Kristin bereits in der Hochschulgruppe von amnesty international. Die Teilnahme an mehreren Projekten zum internationalen Jugendaustausch sowie ihre im Studium erworbenen Kenntnisse weckten ihr Interesse für die Arbeit von internationalen NGOs. Seit Juni 2010 ist Kristin Praktikantin beim pbi-Bildungsprojekt in Hamburg.



Bernhard Emmerich, 34, studierte Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Südasiens in Heidelberg. Nach seinem Studium arbeitete er als Klettertrainer überwiegend mit straffällig gewordenen Jugendlichen zusammen. Die Methoden des Konfliktmanagements und der Gewaltprävention sind Bernhard seit dieser Tätigkeit gut bekannt. Als ZFD-Friedensfachkraft wird er im September 2010 ins Nepalprojekt ausreisen.



Juliane Walter, 30, ist im Mai 2010 aus dem Guatemalaprojekt zurückgekehrt. Sie studierte Internationale Wirtschaft und Europäisches Recht. Zuvor arbeitete sie als Wirtschaftsforscherin im Instituto Centroamericano de Estudios Fiscales in Guatemala im Bereich Menschenrechte. In Deutschland ist sie nun als Projektreferentin für pbi mit dem Schwerpunkt Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit tätig.



Janina Hotze, 30, hat Tibetologie und Ethnologie studiert. In ihrer Diplomarbeit widmete sich Janina dem Themenkonflikt zwischen den tibetischen Flüchtlingen und ihren Nachbarn im Norden Indiens. Während ihres Studiums hat sie 2006/07 in Indien und in Nepal gelebt. Die Begegnung mit einem nepalesischen Menschenrechtsverteidiger, der erklärte, dass er ohne die Unterstützung von amnesty international und pbi wohl nicht mehr am Leben wäre, hat sie tief beeindruckt. Seit Juni 2010 unterstützt sie das pbi-Team in Nepal.



Andrea Zängle, 33, ist studierte Ethnologin und war in den vergangenen 18 Monaten im Kolumbienprojekt tätig. Seit Juli 2010 arbeitet sie von Bonn aus als Projektreferentin für pbi-Deutschland. Neben den Vorträgen und Workshops zur Menschenrechtssituation in Kolumbien arbeitet Andrea an der Seite von der pbi-Mitarbeiterin Heike Kammer im Puppentheaterprojekt mit.

Deutschland



Anna Ries, 28, studiert Ethnologie, Indologie und Religionswissenschaft in Heidelberg. Ihr Studium und ihre Reisen nach Südasiens veranlassten sie, sich eingehender mit der Menschenrechtsarbeit auseinanderzusetzen. 2009 lernte Anna die Arbeit von pbi kennen. Seitdem ist es ihr Wunsch an einem pbi-Freiwilligeneinsatz in Nepal teilzunehmen. Seit Juli 2010 unterstützt Anna als Praktikantin das Team in der Hamburger Geschäftsstelle.



Matthias Kobrow, 31, ist Soziologe und lebt in Hamburg. Während seines Studiums befasste er sich intensiv mit den Möglichkeiten moderner Informations- und Kommunikationstechnologien in der Entwicklungszusammenarbeit. Sein Interesse gilt den neuen Medien, die vor allem für die Arbeit internationaler NGOs ein effektives und wertvolles Potential darstellen können. Matthias unterstützt seit Juni 2010 als Praktikant den Öffentlichkeitsbereich in der pbi-Geschäftsstelle.

PBI-GESCHÄFTSSTELLE

pbi – Deutscher Zweig e.V., Harkortstr. 121, D-22765 Hamburg
 Tel.: +49 – 40 – 389 04 37 – 0, Fax: +49 – 40 – 389 04 37 – 29
 E-Mail: info@pbi-deutschland.de, Internet: www.pbi-deutschland.de

ANSPRECHPARTNER/IN IN DER GESCHÄFTSSTELLE

Koordination & Advocacy: Astrid Hake

Unterstützung der Koordination: Kendra Johnson

Freiwilligenbeauftragte: Cathrin Schmock

Schulprojekt & Theaterpädagogik: Paola Rosini, Heike Kammer, Volker Uhl

Projektbegleitung: Adam Muminović, Sabine Günther, Maik Müller

Öffentlichkeitsarbeit: Doris Erdmann

Buchhaltung & Verwaltung: Birgit Beisel, Michaela Landsmann

RückkehrerInnen: Juliane Marquardt, Juliane Walter, Andrea Zängle

PBI-KONTAKTE

Berlin: Françoise Greve,
 regionalgruppe-berlin@pbi-deutschland.de

Rhein/Main: Nicole Nienaber, Tel.: 0611 – 137 67 59
 regionalgruppe-rheinmain@pbi-deutschland.de

Hamburg: Dr. Heinke Wendt, Tel./Fax: 040 – 87 11 39
 Christel Köhler, regionalgruppe-hamburg@pbi-deutschland.de

Köln: Detlef Mrosk, Tel.: 02205 – 852 80
 regionalgruppe-koeln@pbi-deutschland.de

Leipzig: Patrice Castillo, Tel.: 0341 – 301 54 44
 regionalgruppe-leipzig@pbi-deutschland.de

Stuttgart: Bernhard Hametner, Tel.: 07022 – 24 14 36
 regionalgruppe-stuttgart@pbi-deutschland.de

Guatemala-AG: Simone Einfeldt, Tel.: 040 – 53 79 35 91
 guatemala@pbi-deutschland.de

Indonesien-AG: Gerrit Meyer, indonesien@pbi-deutschland.de

Kolumbien-AG: Sascha Rusicke, Tel.: 030 – 23 27 38 24
 kolumbien@pbi-deutschland.de

Mexiko-AG: Heike Kammer, Tel.: 0178 – 730 53 97
 mexiko@pbi-deutschland.de

Nepal-AG: Karin Kelz, Tel.: 040 – 28 78 15 72
 nepal@pbi-deutschland.de

AG Freiwilligenbegleitung: Suhela Behboud, Tel.: 040 – 80 60 12 86
 suhela.behboud@pbi-deutschland.de

AG Öffentlichkeitsarbeit: Uli Zens, Tel.: 040 – 39 80 86 39
 ulizens@gmx.de

Rundbrief-AG: Doris Erdmann, Tel.: 040 – 38 90 43 70
 doris.erdmann@pbi-deutschland.de

Puppentheater-AG: Heike Kammer, Tel.: 0178 – 730 53 97
 milanomi2@yahoo.com

pbi Österreich: Christine Hirtl, Kurzegasse 15, A-8020 Graz
 Tel.: +43 – 316 – 99 52 90, E-Mail: chirtl@gmx.at

TERMINE

Informationseminare

03.-05.09.10: Bonn

26.-28.11.10: Seeheim-Jugenheim (bei Darmstadt)

Weiterbildungsseminare

11.-12.09.10: Internationales Menschenrechtssystem,
 Hamburg

September 2010 bis Mai 2011: Seminarreihe zu Gewaltfrei-
 heit, Kommunikation und Konfliktprävention,
 Darmstadt

PROJEKTSPEZIFISCHE TRAININGS

Kolumbien-Projekt

Februar 2011: Spanien (Valladolid)

Frist für Bewerbungen und Referenzen: 07.09.10

Guatemala-Projekt

Frühjahr 2011

Frist für Bewerbungen und Referenzen: ca. 4 Monate vorher

Nepal-Projekt

Ende März 2011

Frist für Bewerbungen und Referenzen: 30.11.10

Mexiko-Projekt

Frühjahr 2011

Frist für Bewerbungen und Referenzen: ca. 4 Monate vorher

Indonesien-Projekt

Frühjahr 2011

Frist für Bewerbungen und Referenzen: ca. 4 Monate vorher

**Alle Veranstaltungs- und Trainingstermine finden Sie auf
 unserer Website www.pbi-deutschland.de**

FÖRDERER DIESER AUSGABE



Übrigens: Spenden an pbi sind steuerlich absetzbar!
 Sparkasse Neuwied, BLZ 574 501 20, Konto-Nr. 200–105

IBAN: DE 76 5745 0120 0000 2001 05 BIC-Code: MALADE 51 NWD